

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden
Kaden & Comp., Nr. 1268

Organ für das
werkstätige Volk

Vertrieb: 1. Abt. Postamt, Dresden.
2. Abt. Arbeiter, Angehörige
und Beamten, L.-O., Dresden.
3. Abt. Arbeiter, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Der Inhalt von Erklärungen hinsichtlich der Art, bei der es durch oder ohne Erlaubnis anderer Personen, hat der Verleger der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Rücklieferung der Zeitung.

Abonnementpreis einschließlich Postgebühren mit der täglichen Unter-
stützung: 2,50 M., vierteljährlich 7,50 M., halbjährlich 13,50 M.,
jährlich 25 M., einschließlich 10 M. Einzelnummer 10 M.
Telegraphisch: Dresden Nr. 1268

Schriftleitung: Bettendorfer Nr. 2301, Dresden
Geschäftsstelle: Bettendorfer Nr. 2301 und 1270.
Geschäftszeit von 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Abonnementpreis: Grundpreis: die 30 mm breite Nonpareille-
größe 25 M., die 30 mm breite Melancolische 2,00 M., für auswärts
Anzeigen 40 M., und 2,50 M. Familienanzeigen, Stellen- und Miet-
angebote 40 M., Rabatt für Brieflieferungen 10 M.

Nr. 175

Dresden, Sonnabend den 28. Juli 1928

39. Jahrg.

Dorpmüllers Ausreden

Der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft Dorpmüller äußerte sich am Donnerstag über die letzten Eisenbahnunfälle. Er ging ausführlich auf die Sicherheitsverhältnisse und auf die Reorganisation des Personals ein, ohne daß seine Erklärungen gerade zu diesen beiden wichtigen Punkten befruchtbar seien.

Allerdings muß man bei einer Betrachtung der Sicherheitsverhältnisse berücksichtigen, daß beim Hebergang der Staatsbahn in die Hände des Reiches die Anlagen und Sicherheitsmaßnahmen auf den einzelnen Bahnhöfen verschiedenartig entwickelt waren. Das gilt zum Beispiel für die Zentralisierung der Betriebsanlagen auf einigen Bahnhöfen in Bayern, u. a. auch in Baden. Warum, so fragt man unwillkürlich, sind an manchen Orten die Anlagen nicht im erforderlichen Maße fortgeschritten? Dorpmüller hat die Antwort sofort bei der Hand: Die unglücklichen Unfälle in der Reichsbahn hätten das nicht geschadet. Aus den gleichen Gründen sei es auch bis jetzt nicht möglich gewesen, die Erneuerung der Gleise vollständig durchzuführen. Jetzt erst soll diese Arbeit befehlungs-

gemäß durchgeführt werden. Das ist die Abklärung der Angelegenheiten, die die Reichsbahn für die Betriebserneuerung hoch anreißt, um die Kosten für Arbeiten aufzubringen, die man im Interesse der Verkehrssicherheit nicht aufschreiben kann. Die großen Schwierigkeiten haben doch sicherlich Gelegenheit geboten, den Betrieb vollständig zu erneuern.

Wo aber die Gewerkschaften damals von der Reichsbahn-Gesellschaft eine großzügige Arbeitsmarktpolitik forderten, fand sie leider kein Gehör.

Welchen Zusammenhang muß auch darauf verwiesen werden, daß die Reichsbahn im Hinblick auf die Reichsbahn-Gesellschaft diese Arbeiten nicht in eigener Regie fertigstellte. Fachleute wollten, daß die Arbeiter der privaten Industrie nicht die Bedingungen wie die Reichsbahn. Es handelt sich auch hier um die Abklärung der Angelegenheiten, die die Reichsbahn für die Betriebserneuerung hoch anreißt, um die Kosten für Arbeiten aufzubringen, die man im Interesse der Verkehrssicherheit nicht aufschreiben kann. Die großen Schwierigkeiten haben doch sicherlich Gelegenheit geboten, den Betrieb vollständig zu erneuern.

Die strengen Beschränkungen des Personals der Reichsbahn-Gesellschaft

Dorpmüller macht sich die Wiederholung dieser Vorwürfe sehr zu Herzen nehmen. Er stellt fest, daß sich das Personal der Reichsbahn-Gesellschaft in der Zeit von 1913 bis 1927 von 692.714 auf 704.016 Kopf erhöht habe. Es ist damit eine Steigerung von 1,6 Prozent eingetreten. Auch auf dem Hauptbahnhof München, der infolge des letzten Eisenbahnunglücks besonders betroffen sei, sei der Personalbestand erheblich höher als in der Vorgeschichte, obwohl sich die Betriebsaufgaben vermindert haben. Die Steigerung im Personalbestand auf dem Münchener Hauptbahnhof betrage nach Dorpmüller mit 14 Prozent angegeben. Mit der letzten Tatsache, daß die Reichsbahn gegenwärtig mehr Personal als vor dem Krieg, kann man aber unmöglich behaupten, daß dieses Personal nicht überanstrengt ist. Hier muß man sich überzeugen und unterzucht werden.

Insoweit die nach dem Krieg vermehrte Wagenanzahl auf bestimmten Strecken das Personal mehr beansprucht, als früher

Dies hat Dorpmüller bestätigt, daß die Bestimmungen über die Besetzung der Wagen auf bestimmten Strecken und auf bestimmten Strecken eine ganz bedeutende Leistungssteigerung je Kopf erzielt wird, die annehmbar zu Leistungssteigerungen des Personals führt oder zumindest daran grenzt. Das ist auch die Auffassung der Eisenbahn-Fachleute.

In dieser Annahme finden wir uns dadurch bestätigt, daß der Generaldirektor der Reichsbahn-Gesellschaft eine Aenderung

der sogenannten Ruhefrage für notwendig hält. Die Dienstleistung in Süddeutschland sieht Ruhefrage von 32 und mehr Stunden vor. Dadurch wird aber eine enge Zusammenfassung von Dienstleistungen, die durch kurze Ruhezeiten getrennt sind, notwendig. Demgegenüber ist in Norddeutschland die Zahl und die Dauer der Ruhezeiten geringer, aber die Ruhezeiten zwischen den Dienstleistungen allgemein länger. Nach übereinstimmender Meinung des Reichsbahnverkehrsministers und des Generaldirektors der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft ist es notwendig, die süddeutschen Dienstleistungen der norddeutschen, die für die Betriebsführung und die Erhaltung der Spannkraft des Personals sprechender sind, mehr anzupassen.

Wir halten es für dringend notwendig, daß den Vorwürfen gegen die Reichsbahn-Gesellschaft und besser als bisher nachgegangen wird. Dorpmüller hält an dem Standpunkt fest, daß Vorwürfe wegen Personalüberlastung infolge zu geringer Personalbesetzung nur von Fall zu Fall nachgeprüft werden können. Demgegenüber halten wir eine Überprüfung und Neuregelung des Gesamtsystems für dringend notwendig.

Die Anlagen des Eisenbahnerverbandes

Der Vortragsbetrieb der Reichsbahn — Antreiberbetrieb — Dauernde Gefährdung des Publikums

München, 27. Juli. (Eig. Zus.) Der Eisenbahnerverband der Reichsbahn nahm am Freitagabend in einer sehr gut besuchten öffentlichen Versammlung Stellung zu dem jüngsten Eisenbahnunglück, um mit aller Entschiedenheit dem Versuch entgegenzutreten, die Schuld an diesem Unglück dem Personal zuzuschreiben. In einer einstimmig gefaßten Entschließung wird erklärt, daß kein Eisenbahnunfall so deutlich das verwerfliche Spar- und Antreiberbetriebssystem der Reichsbahn-Gesellschaft als gerade diese letzte Katastrophe. Von Reichsregierung und Reichsbahn wird gefordert, daß der Betrieb der Reichsbahn raschstens wieder unter die Kontrolle des Parlaments gestellt werde, daß ferner für die sofortige Einziehung des Aktiendarlehenes, Aenderung der Dienstverhältnisse, für die Verringerung der Gehälter der Eisenbahner, für die Verringerung der Mehrleistungszulage, Einstellung des Personalabbauens usw. eintritt. Das von einem Nachmann gehaltene Referat forderte sehr bemerkenswerte Einzelheiten über den Vortragsbetrieb bei der Reichsbahn, insbesondere im Bereich der Gruppenverwaltung Bayern, zutage. So erfuhr man, daß gewisse Dienstleistungen im unteren Personal bis zu 33 Stunden Wochenarbeitszeit verrichten müssen. Lokomotivführer wurde unter Gebahrung besonderer Prämien nahegelegt, Gütdächten abzugeben, wonach ihre Maschinen über die vorgeschriebene Höchstverwendungsdauer von 50.000 Kilometer noch verwendungsfähig seien. Das durchschnittliche Lebensalter einer Lokomotive in Bayern 30 Jahre, während es in anderen Gebieten der Reichsbahn nur 15 bis 20 Jahre beträgt. Streckengeher müssen bis zu 35 Kilometer Strecke im Lauffschritt kontrollieren und sind infolgedessen gar nicht in der Lage, genaue Untersuchungen anzustellen. Ein Lokomotivführer mußte seine Maschine 8 mal zur Reparatur anmelden, ehe seinem Verlangen stattgegeben wurde. Die in Bayern übliche einmündige Besetzung der elektrischen Lokomotiven bedeutet eine ständige Gefahr für das reisende Publikum. Die Versammlung gelobte, den Kampf gegen das fluchwürdige Sparsystem der Reichsbahn mit allen Mitteln zu betreiben.

auptungen, die in den letzten Tagen von sensationellen amerikanischen Journalisten nach Amerika telegraphiert wurden und von dort ebenso unverändert in die Welt hinausgeschickt worden sind. Wahgebende deutsche Agenturen machen diesen Schwindel wieder einmal bedenkenlos mit.

Belgische Militärdebatte

P. Brüssel, 27. Juli. (Eig. Zus.)

Die Regierung hat am Freitag bei der Militärdebatte eine neue Niederlage erlitten. Trotz ihren Bemühungen wird die Generaldebatte über den Geleitzurück auf diese Woche noch nicht beendet, sondern auf nächsten Mittwoch vertagt werden. Ob sich die Kammer dann noch entschließen wird — sie steht kurz vor den Ferien — die Spezialdebatte zu beginnen, bleibt abzuwarten.

In der Donnerstag-Nachmittag kam es wiederum zu heftigen Zwischenfällen, insbesondere während der Rede des sozialistischen Abgeordneten Sommerhausen aus Eupen-Malmédy. Sommerhausen, ein früherer belgischer Kriegesfreiwilliger, legte ein begeistertes Friedensbekenntnis ab und sprach keine Überzeugung dahin aus, daß auch Deutschland, das im Krieg und nach dem Krieg so furchtbar zu leiden gehabt habe, keinen Krieg mehr entfesseln werde. Diese Erklärung erweckte die patriotische Entrüstung verschiedener nationaler Abgeordneter. Sie wurden von dem früheren sozialistischen Arbeitsminister Wauters und dem Bergarbeiterführer Delattre gebührend zurückgewiesen.

Kolonialpolitik

Die deutsche Sozialdemokratie und das Kolonialproblem

Reichskanzler Hermann Müller gegen jedes deutsche „Kolonialmandat“

Der Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in Brüssel wird sich in den nächsten Tagen mit dem Thema „Die weltpolitische Lage und die internationale Arbeiter-Bewegung“ befassen und dabei neben den rein politischen und militärischen Abrüstungsfragen damit beschäftigen, wie der im System des Kapitalismus liegenden Tendenz zum Vandalismus und zum Krieg um Absatzgebiete und Rohstoffquellen wirksam entgegengeleitet werden kann. Bei der bevorstehenden Debatte wird nun vor allem das Kolonialproblem als Kernpunkt künftiger bewaffneter Konflikte vor allem im fernen Osten eine große Rolle spielen.

Die ökonomische Befreiung der Indios in Mexiko ist ebenso wie die der gelben, braunen und schwarzen Proletarier in China, Ägypten und Indien nach der schweren Erschütterung der imperialistischen Weltmacht im Weltkrieg eine brennende Tagesfrage sozialistischer Weltpolitik geworden. Die gegen die Amsterdamer „Internationale“ gerichtete koloniale Bührarbeit Sowjetrusslands kann jedoch keine wirksamere Abwehr erfahren, als dadurch, daß sich der Brüsseler Kongress mit aller Entschiedenheit gegen jede Ausbeutung der farbigen Kolonialvölker durch kapitalistische „Mutterländer“ wendet und praktische Richtlinien für die Bekämpfung der kapitalistischen „Kolonialpolitik“ in der nächsten Zukunft gibt.

In erster Linie wird es Sache der englischen Arbeiterpartei sein, Wege für die Befreiung der unter englischem „Protektorat“ stehenden Kolonialvölker zu finden. Aber auch die Stellungnahme der deutschen Sozialdemokratie ist keineswegs ohne Belang, da die Richtlinien, die z. B. der deutsche Reichskanzler dem deutschen Beauftragten beim Völkerbund erteilt, auch vor einem internationalen Forum nicht übersehen werden können.

Selbstverständlich kann die Stellungnahme der deutschen Sozialdemokratie zum Kolonialproblem der bisherigen Art nur ablehnend sein!

Die heutige deutsche Wirtschaft kann durch koloniale Eigenproduktion nicht unabhängig gemacht werden von fremden Lieferungsmonopolen in überreichen Rohstoffen. Das gilt selbst für den Fall der Rückgabe sämtlicher früheren Schutzgebiete. Der Wert des deutschen Handels mit den Schutzgebieten betrug 1913 rund 100 Millionen Mark. Der gesamte deutsche Außenhandel erreichte aber einen Wert von 20 Milliarden Mark. Dieses ungeheure Verhältnis stand am Ende einer dreißigjährigen Kolonialarbeit, während der mehr als 500 Millionen Mark in den kolonialen Erwerbsgesellschaften investiert waren und in der rund eine Milliarde Mark aus Reichsmitteln für den Erhalt und die Sicherung der Schutzgebiete aufgewandt worden sind. Da mit Sicherheit anzunehmen ist, daß gegenwärtig noch größere Kapitalbeträge zur Erschließung von Kolonialgebieten erforderlich sind, so wäre der Erwerb von Kolonien gleichbedeutend mit einer erheblichen Verstärkung der Kapitalnot in Deutschland und der Steigerung der durch Steuern aufzubringenden Reichsausgaben.

Das Thema „Kolonialpolitik“ ist also heute ein nicht unwichtiger Bestandteil auch der deutschen Innenpolitik geworden. Unter diesen Umständen ist es sehr wichtig, was der deutsche Reichskanzler Herrmann Müller heute auf eine Umfrage: „Soll Deutschland Kolonialpolitik treiben?“ geantwortet hat.

1. Trotzdem dem Deutschen Reich das Recht auf koloniale Betätigung nicht bestritten werden kann und die koloniale Schuldfrage in der früheren kolonialen Weltlage Deutschlands keine Begründung findet, soll das Deutsche Reich aus praktischen Gründen den Erwerb von Kolonien nicht antreiben. Die deutsche Wirtschaft leidet an Kapitalmangel. Wie soll auch noch das Kapital aufgebracht werden, das zur Einleitung einer vürpergenden Kolonialpolitik in den Kolonien investiert werden müßte? Zur Zeit haben die Deutschen bei den erwachsenen, nach kolonialer Selbstständigkeit drängenden Kolonialvölkern das größte Ansehen, gerade weil Deutschland an der kolonialen Ausbeutung fremder Völker nicht mehr beteiligt ist. Das muß für auch handelspolitisch günstig für Deutschland auswirken.

2. Auch zur kolonialen Weltlage Deutschlands durch Hebernahme eines Kolonialmandats liegt kein Grund vor. Deutschland soll sich in der Völkerbundskommission des Völkerbundes nicht mehr der Völker anschließen, die in den Mandatsgebieten wohnen. Das wird dem deutschen Ansehen und dem deutschen Handel schaden.

3. Das Deutsche Reich soll für keine Angehörigen in allen Kolonien und Mandatsgebieten die volle Gleichberechtigung mit den anderen Nationen fordern, damit ihm größtmöglicher Rohstoffzugang gesichert ist.

Herrmann Müller lehnt also jede eigene aktive deutsche Kolonialpolitik ab. Nicht viel anders äußert sich der

Calles' Schwierigkeiten

Mexiko-Stadt, 28. Juli. (Eig. Zus.) Die Lage in dem ganzen Lande nach wie vor gespannt. Vorläufig ist weder über das Schicksal des Mörders von Oregon, noch über die politische Gestaltung etwas bekannt. Die offizielle Haltung der Oregon-Partei hat neuerdings wieder die Notwendigkeit einer bedingungslosen Zusammenarbeit mit Calles betont. Ihre hinterhineil führt trotzdem einen erbitterten Kampf gegen Calles, dem unter anderem vorgeworfen wird, daß er sich nicht mit den eigentlichen Problemen nicht zu befassen. Vorläufig ist wenig von größer Ordnung im Lande eine genaue Erwähnung des Calles-Regimes zu verzeichnen. Die Rolle der drohenden Spaltung der Oregon-Partei zu einem neuen Kandidat für das Land werden kann. Was schließlich werden die verdrängten Mandatanten, darunter auch Calles, tun? Er hält sich verhalten auch in dieser Frage neuerdings vorsichtsvoll zurück, so daß die letzte Entscheidung in den nächsten Tagen vom Kongress gefällt werden wird. Ein großer Teil der Arbeiterführer, insbesondere Morones und die beiden anderen prominentesten Mitglieder des Kabinetts Calles, werden vor dem vorläufiglich nicht erwählt. Es trifft zu, daß die Oregon-Partei betrauert man das als Eingekerkertes der Partei. Die Anklage gegen Morones beruht trotzdem lediglich auf teilweise völlig unbegründeten Vermutungen, wie viele Be-